

## Niederschrift

Gremium:	Rat
Sitzung:	58. öffentliche/nicht-öffentliche Sitzung (RA/2019/058)
Sitzungsdatum:	Mittwoch, 09.10.2019
Sitzungsort:	Ratssaal des Rathauses, 1. Etage, Raum Nr. 115
Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr	Ende der Sitzung: 21:40 Uhr

## Anwesend:

### **Bürgermeisterin**

Voß, Karola

### **CDU**

Vorkamp, Thomas  
Benölken, Franz  
Blickmann, Michaela  
Große-Schwiep, Josef  
Hackfort, Bernhard  
Hemsing, Klaus  
Isferding, Ute  
Kappelhoff, Heinrich Josef  
Kreuziger, Petra  
Reimering, Ansgar  
Rudde, Christian  
Terbrack, Karl Heinz  
Terhaar, Johannes  
Terhalle, Josef  
Vöcking, Stefan  
Wantia, Beatrix  
Wittenbrink, Thomas  
Woltering, Maria

### **SPD**

Dönnebrink, Andreas  
Brüning, Dietmar  
Gerick, Alfons  
Heitmann, Helene  
Herickhoff, Hermann Josef  
Lambers, Klaus

Niestegge, Ludwig  
Schulte, Andrea

### **UWG**

Ruwe, Felix  
Beckers, Andreas  
Heijnk, Annegret  
Homann, Dieter  
Kersting, Hubert  
Lange, Hanne  
Schulte, Renate

### **Bündnis 90/Die Grünen**

Löhring, Klaus  
Eisele, Dietmar

### **WGW**

Frankemölle, Norbert

### **FDP**

Horst, Reinhard  
Klein, Wolfgang

### **Verwaltung**

Althoff, Hans-Georg  
Leuker, Werner

### **Schriftführerin**

Zevenbergen, Doris

### **es fehlen entschuldigt:**

### **CDU**

Pomberg, Winfried  
Verweyen, Manfred

### **SPD**

Fischer, Mathilde

### **WGW**

Haveloh, Hermann Josef

### **Verwaltung**

Beckmann, Georg

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Bürgermeisterin Voß die Absetzung des Tagesordnungspunktes 12 (Neugestaltung Dorfplatz Wessum) im öffentlichen Sitzungsteil. Dieser Punkt sei im Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr am 19.09.2018 vertagt worden, so dass hierzu heute keine Beratung stattfinden könne. Hierüber lässt sie beschließen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmiger Beschluss

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) beantragt darüber hinaus die Absetzung des Tagesordnungspunktes 4 (Antrag auf Entscheidung über einen gestundeten Kaufpreisanteil) im nicht-öffentlichen Sitzungsteil. Dieser Punkt sei bereits durch den Rat entschieden worden, so dass keine erneute Befassung mit dem Sachverhalt notwendig sei. Bürgermeisterin Voß lässt über die Absetzung abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

32	Ja-Stimmen
1	Nein-Stimme
6	Enthaltungen

**Tagesordnung:**

**A. Öffentliche Sitzung**

- 1 Niederschrift über die 57. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 10.09.2019
- 2 Einwohner/innenfragestunde
- 3 Gleichstellungs- und Personalentwicklungsplan der Stadtverwaltung Ahaus
- 4 Neue Gebührensatzung des Standesamt Ahaus
- 5 Einbringung des Gesamtabschlusses 2017
- 6 Einbringung des Jahresabschlusses 2018
- 7 Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung zur Freigabe des 27.10.2019 als verkaufsoffener Sonntag aus Anlass der Veranstaltung "Alstätter Herbst" im Ortsteil Alstätte
- 8 Weiterentwicklung des städtischen Archives
- 9 Freiwillige Zuschüsse im sozialen Bereich

- 10 Projekt "Digital mobil im Alter"
- 11 Bauleitplanung
- 11.1 Erweiterung des Gewerbegebiets Wessum;  
Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplans
- 12 Neugestaltung Dorfplatz Wessum
- 13 Endausbau der Stichstraße „Am Brinker Kreuz“
- 14 Endausbau der Stichstraße Wynk an der Straße "Am Kalkbruch"
- 15 Anregungen und Beschwerden
- 16 Fragen des Rates und Mitteilungen der Verwaltung

---

## A. Öffentliche Sitzung

---

### 1 Niederschrift über die 57. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 10.09.2019

---

Fraktionsvorsitzender Vortkamp (CDU-Fraktion) erwähnt, dass in der vergangen Sitzung zum Tagesordnungspunkt 9.3 (Bildung einer Erschließungseinheit zur Festsetzung von Erschließungsbeiträgen im Baugebiet Hoher Kamp West Abschnitt 2) von Seiten der CDU-Fraktion angemerkt worden sei, dass im Nachgang zu den Erschließungsarbeiten die Zellerstraße als Zufahrtsstraße zum Bauabschnitt zu sanieren sei. Dies solle im Protokoll ergänzt werden.

Ratsherr Niestegge (UWG-Fraktion) weist daraufhin, dass er zum Zeitpunkt der letzten Sitzung nicht mehr der SPD-Fraktion angehört habe. Dies solle entsprechend gekennzeichnet werden.

Bürgermeisterin Voß sagt zu, diese Punkte zu ergänzen bzw. abzuändern. Damit wird die Niederschrift der 57. öffentlichen Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 10.09.2019 anerkannt.

## **2 Einwohner/innenfragestunde**

---

Es liegen keine Einwohner/innenfragen vor.

## **3 Gleichstellungs- und Personalentwicklungsplan der Stadtverwaltung Ahaus** V/2019/1270

---

Herr Lürick, Leiter des Fachbereichs Organisation und Personal, sowie die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Ahaus, Frau Großmann, erläutern den zum ersten Mal als gemeinsamen Bericht verfassten Gleichstellungs- und Personalentwicklungsplan.

Bürgermeisterin Voß lässt im Anschluss über den Gleichstellungs- und Personalentwicklungsplan der Stadtverwaltung Ahaus für die Jahre 2019-2021 beschließen.

Der Rat nimmt den Bericht über die Umsetzung des Plans zur Förderung der Chancengleichheit von Frau und Mann für die Jahre 2016-2018 zur Kenntnis und beschließt den Gleichstellungs- und Personalentwicklungsplan der Stadtverwaltung Ahaus für die Jahre 2019-2021.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmiger Beschluss

## **4 Neue Gebührensatzung des Standesamt Ahaus**

---

V/2019/1271

Bürgermeisterin Voß erläutert die Ausführungen der Beratungsvorlage.

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) fragt, warum es bei einigen Punkten der Gebührensatzung zu erheblichen Steigerungen komme.

Bürgermeisterin Voß erklärt, dass dies im Wesentlichen mit dem erhöhten Personalaufwand für einige Dienstleistungen im Bereich des Standesamtes zu tun habe. Gerade wenn es um Dokumente aus dem Ausland gehe, habe sich der Zeiteinsatz stark erhöht.

Fraktionsvorsitzender Löhring (Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) möchte wissen, ob hier nicht eine Erhöhung in mehreren Etappen der bessere Weg sei.

Bürgermeisterin Voß weist darauf hin, dass die Arbeitsgruppe auf Kreisebene, der auch die Stadt Ahaus angehöre, sich auf diese Sätze verständigt habe, so dass im gesamten Kreis Borken das Gebühreenniveau für gleiche Aufgaben gleichlautend sei.

Der Rat beschließt die neue Gebührensatzung des Standesamtes Ahaus.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmiger Beschluss

Erster Beigeordneter Althoff erläutert die Details zum Gesamtabschluss 2017 anhand einer Präsentation und erklärt die wesentlichen Eckpunkte.

Der Rat der Stadt Ahaus nimmt den vorgelegten Entwurf des Gesamtabschlusses der Stadt Ahaus für das Haushaltsjahr 2017 zur Kenntnis und überweist ihn zur weiteren Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmiger Beschluss

**6 Einbringung des Jahresabschlusses 2018 V/2019/1277**

---

Erster Beigeordneter Althoff erläutert die Details zum Jahresabschluss 2018 anhand einer Präsentation und erklärt die wesentlichen Eckpunkte.

Der Rat der Stadt Ahaus nimmt den Entwurf des Jahresabschlusses 2018 zur Kenntnis. Der Entwurf des Jahresabschlusses 2018 mit den dazugehörigen Anlagen wird zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss verwiesen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmiger Beschluss

**7 Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung zur Freigabe des 27.10.2019 als verkaufsoffener Sonntag aus Anlass der Veranstaltung "Alstätter Herbst" im Ortsteil Alstätte**  
V/2019/1283

---

1. Der Rat kommt nach Abwägung der dargestellten Belange zu dem Entschluss, dass das öffentliche Interesse an einer Freigabe des 27.10.2019 als verkaufsoffener Sonntag im zentralen Bereich des Ortsteils Alstätte entsprechend der zeichnerischen Darstellung in Anlage 1 zur Verordnung aus Anlass der Veranstaltung „Alstätter Herbst“ gegeben ist. Das Regel-Ausnahme-Verhältnis für die Arbeit an Sonn- und Feiertagen bleibt dadurch gewahrt.
2. Der Rat beschließt die in Anlage 03 beigefügte ordnungsbehördliche Verordnung zur Freigabe des 27.10.2019 als verkaufsoffener Sonntag aus Anlass der Veranstaltung „Alstätter Herbst“ im Ortsteil Alstätte.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmiger Beschluss

Ratsherr Niestegge (UWG-Fraktion) berichtet aus der vergangenen Sitzung des Kulturausschusses am 26.09.2019 in der über die Weiterentwicklung des städtischen Archivs beraten worden sei. Entsprechend des Vorschlags der Verwaltung empfehle der Ausschuss die Stelle einer Archivarin / eines Archivars in der Besoldungsstufe A 9 auszuschreiben. So könne eine Besetzung im Idealfall bis zum 01.01.2019 erfolgen und so eine gute Übergabe zwischen Frau Dr. Karras und der Nachfolge im Bereich Archiv gewährleistet werden.

Die Stadt habe eine gesetzliche Verpflichtung zur Wahrnehmung der Archivarbeiten. Nicht geregelt sei der Umfang dieser Stellenbesetzung. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) empfehle bei einer Einwohnerzahl von 25.000 den Umfang bei einer Stelle anzusetzen. Im Kulturkonzept sei die Bedeutung des Archivs für die Stadt Ahaus anerkannt worden. Es sei ein sehr vorzeigbares Archiv, das habe auch der LWL attestiert, so dass man hieran unbedingt festhalten solle.

Beigeordneter Leuker ergänzt, dass die Ausweitung des Stellenumfangs der Entwicklung der letzten zehn Jahre geschuldet sei. Durch die zunehmende Digitalisierung und der damit verbundenen Verpflichtung, die digitalen Prozesse im Rathaus dahingehend zu betrachten, ob und in welchem Umfang sie zu archivieren seien, entstehe ein deutlicher Mehraufwand. Die Öffentlichkeitsarbeit, die historische Forschung und die Unterstützung von Bürgerinnen und Bürgern im Archiv erforderten deutlich mehr Kapazitäten als noch vor Jahren. Aus den genannten Gründen sei es unumgänglich, die Stelle im Archiv mit einer Vollzeitkraft zu besetzen.

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) moniert, dass sich die Verwaltung zu spät mit der Thematik der Stellennachbesetzung befasst habe. Der Anstieg des Stellenteils von 0,2 auf die vorgesehene volle Stelle für die Archivarbeit sei zu hoch. Noch immer sei noch nicht mit den Nachbarkommunen Heek und Legden abschließend geklärt worden, ob eine Kooperation denkbar sei. Bevor heute über eine volle beschlossen werde, müsse klar sein, wie eine mögliche Vereinbarung mit den beiden Gemeinden aussehen könne.

Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) bemängelt ebenfalls, dass Informationen dazu fehlten, warum sich der Stellenanteil so deutlich erhöht habe. Bei einigen Tätigkeiten, wie das Entsäuern und die Digitalisierung von Akten, müsse geklärt werden, ob dies nicht extern vergeben werden könne. Er halte zunächst eine Ausweitung des Stellenumfangs auf eine 0,5-Stelle für ausreichend. Nach einer Abklärung der Zusammenarbeit mit Heek und Legden könne im Rahmen der Haushaltsberatungen über eine Aufstockung auf eine volle Stelle nachgedacht werden.

Beigeordneter Leuker weist darauf hin, dass die angesprochenen Gemeinden die Thematik zunächst in ihren Gremien besprechen müssten. Der gerade genannte Anteil einer halben Stelle für die Archivarbeit für Heek und Legden sei zu hoch gegriffen. Der bei Einstellung von Frau Dr. Karras angesetzte Stellenanteil von 0,2 für das Archiv sei damals und heute noch lediglich eine rechnerische Größe. Tatsächlich werden zur Zeit mindestens 12 bis 15 Stunden wöchentlich für das Archiv geleistet.

Fraktionsvorsitzender Löhning (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) merkt an, dass es wichtig sei zu wissen, wie in vergleichbaren Kommunen mit der Archivarbeit umgegangen werde. Auch sei die Einschätzung des Städte- und Gemeindebundes NRW zu dieser Fragestellung interessant. Derzeit sehe er keinen Bedarf, der über eine 50 %-Stelle hinausgehe.

Beigeordneter Leuker stellt klar, dass die Verwaltung bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen im Oktober 2018 die Politik über die Überlegungen zur Kultur- und Archivarbeit informiert habe.

Ratsherr Gerick (SPD-Fraktion) weist nochmals auf den Maßstab des LWL hin, der darauf abziele, dass bei 25.000 Einwohnern ein Mitarbeiter im Archiv zu beschäftigen sei. Er frage

sich, ob es zwischen dem Aufwand, der von der Einwohnerzahl abhängt, auf die mögliche Mitarbeiterzahl im Archiv zu schließen sei.

Beigeordneter Leuker bezeichnet die Angabe des LWL als Richtgröße und benennt die Stellenbesetzung des Archivs für einige Städte: in Bocholt gebe es fünf Mitarbeiter im Archiv, in Dülmen einen, in Gescher zwei, in Gronau einen, in Rhede zwei, in Coesfeld einen, in Steinfurt zwei, in Greven zwei, in Borghorst einen, in Lingen einen, Südlohn und Stadtlohn teilten sich einen Archivar, Heek habe einen ehrenamtlichen Archivar, in Raesfeld werde die Aufgabe von einem ehemaligen Amtsleiter geführt, in Velen einen Archivar und der Kreis Borken habe zwei Mitarbeiter.

Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) schlägt vor, zunächst mit einer 0,5-Stelle zu starten und ggf. den Stellenanteil sukzessive zu steigern.

Bürgermeisterin Voß lässt zunächst über den Beschlussentwurf der Vorlage, über eine ganze Stelle im Bereich des Archivs, abstimmen.

### **Abstimmungsergebnis:**

- |    |              |
|----|--------------|
| 17 | Ja-Stimmen   |
| 22 | Nein-Stimmen |

Im Anschluss lässt sie über die Ausschreibung der Archivstelle als 0,5-Stelle abstimmen.

Der Rat der Stadt Ahaus beschließt:

1. Die Stadt Ahaus führt das Stadtarchiv nach den Vorschriften des Gesetzes über die Sicherung und Nutzung öffentlichen Archivguts im Lande Nordrhein-Westfalen (Archivgesetz Nordrhein-Westfalen - ArchivG NRW) als kommunale Pflichtaufgabe. Das Stadtarchiv soll – wie bislang - im Rathaus untergebracht bleiben.
2. Das Stadtarchiv wird als städtische Einrichtung im Rathaus unterhalten und fachgerecht nach den archivrechtlichen Vorgaben geführt. 2015 wurden die Archivräume (Büroräume, Öffentlichkeitsbereich und Magazinbereich) im Rahmen des Rathausanbaues neu geschaffen. Für die Erweiterung und Einrichtung der neuen Magazinräumlichkeiten hat das Archivamt des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe nach den Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen in der nichtstaatlichen Archivpflege einen zweckgebundenen Zuschuss gewährt.
3. Mit Ausscheiden der jetzigen Archivarin zum 31. März 2020 spricht sich der Rat – auch vor dem Hintergrund der gesetzlich zusätzlich verankerten Verpflichtung zur Einführung eines digitalen Langzeitarchives - für einen nahtlosen Übergang in der Nachbesetzung der Leitung des Stadtarchives aus.
4. Der Rat schließt sich der schriftlichen Empfehlung des Westfälischen Archivamtes des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (Anlage 01) auf die Einrichtung einer vollen Stelle für das Stadtarchiv der Stadt Ahaus an. Nach den Vorgaben des Archivgesetzes NRW ist hierfür eine hauptamtliche Kraft vorzusehen, die die Befähigung für eine Laufbahn des Archivdienstes besitzt oder sonst fachlich geeignet ist. Hiermit kann die hinreichende Sicherung, Verwahrung, Erhaltung und Erschließung aller archiwwürdigen Unterlagen in der Stadt Ahaus in schriftlicher und elektronischer Form gewährleistet werden.
5. Der Rat beschließt, den Stellenplan der Stadt Ahaus mit Wirkung zum 1. Januar 2020 um eine 0,5-Stelle in der Entgeltgruppe 9c (Archivarin/Archivar im gehobenen Dienst mit einem Bachelor-Abschluss oder gleichwertigen Kenntnissen und Fertigkeiten mit besonders verantwortungsvoller Tätigkeit - Leitungsverantwortung) für die Leitung



des Stadtarchives, um eine geordnete Übergabe der Stadtarchives durch die jetzige Stelleninhaberin sicherstellen zu können.

6. Die Gemeinden Heek und Legden haben vor dem Hintergrund der zukünftigen Herausforderungen an kommunale Archive Interesse an einer dauerhaften Zusammenarbeit mit der Stadt Ahaus im Archivbereich bekundet. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Gemeinden Heek und Legden eine mögliche engere Zusammenarbeit in der Archivarbeit mit dem Ziel eines fachlichen Beratungsangebotes der Archivfachkraft der Stadt Ahaus zu prüfen. Art, Beratungsumfang und die anteilige Personalkostenerstattung müssen zwischen den Kommunen in geeigneter vertraglicher Form geregelt werden. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ergebnisse der Prüfung zu gegebener Zeit im Kulturausschuss und im Rat vorzustellen und gegebenenfalls einen entsprechenden Beschlussvorschlag vorzulegen, um dann ggf. auch über eine Stellenaufstockung beraten zu können.

#### **Abstimmungsergebnis:**

22 Ja-Stimmen  
17 Nein-Stimmen

---

#### **9 Freiwillige Zuschüsse im sozialen Bereich V/2019/1124**

Der Rat der Stadt Ahaus beschließt auf Empfehlung des Ausschusses für Soziales und Arbeit, Familien und Senioren die Erhöhung der Pauschalförderung für Zuschüsse im sozialen Bereich von 250,00 € pro Jahr auf 300,00 € pro Jahr.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmiger Beschluss

---

#### **10 Projekt "Digital mobil im Alter" V/2019/1243**

Beigeordneter Leuker erläutert die Ausführungen der Beratungsvorlage.

Fraktionsvorsitzender Ruwe (UWG-Fraktion) fragt, wie die Qualifikation der Ausbilder aussehe und ob es auch entsprechende Angebote in den Ortsteilen gebe.

Beigeordneter Leuker erklärt, dass es sich bei den Ausbildern um Ehrenamtliche handle, die entweder aus dem IT-Bereich kämen, Pädagogen seien einfach IT-versierte, engagierte Bürger seien. Das Angebot werde bei guter Resonanz ggf. in einem zweiten Schritt in den Ortsteilen angegangen.

Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) fragt, ob es für die technische Ausstattung Sponsoren gefunden seien.

Beigeordneter Leuker antwortet, dass mit der Sponsorensuche begonnen werde, wenn der grundsätzliche Beschluss für das Projekt vorläge.

Der Rat beschließt auf Empfehlung des Ausschusses für Soziales und Arbeit, Familien und Senioren, die für die Durchführung des Projektes „Digital mobil im Alter“ erforderlichen Fi-

nanzmittel in Höhe von 24.200 € für das Jahr 2020 und in Höhe von 14.500 € für das Jahr 2021 zur Verfügung zu stellen.

Die Verwaltung wird beauftrag, das Projekt nach einem Jahr zu evaluieren und die Ergebnisse im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Familien und Senioren zu präsentieren.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmiger Beschluss

## **11 Bauleitplanung**

---

### **11.1 Erweiterung des Gewerbegebiets Wessum; Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplans**

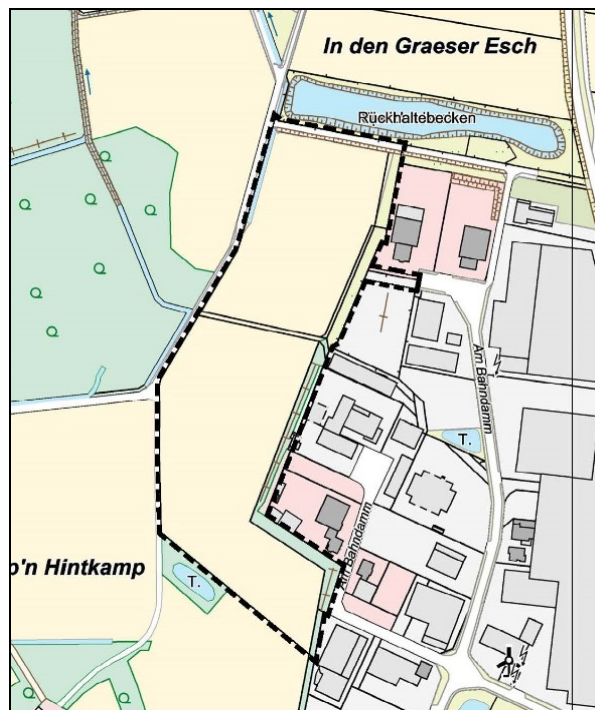
V/2019/1240/1

---

Der Rat der Stadt beschließt auf Empfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr:

1. Der Bebauungsplan Nr. 43 Teil 1 – Am Bahndamm – Abschnitt 3 wird aufgestellt. Die Grenzen des räumlichen Geltungsbereichs sind in dem nachfolgenden Lageplan, der Bestandteil dieses Beschlusses ist, dargestellt. Gegenstand der Planung ist die Erweiterung des Gewerbegebiets Wessum.

Abbildung 1: Bebauungsplans Nr. 43 Teil 1 – Am Bahndamm – Abschnitt 3 (Lageplan, unmaßstäblich)



Quelle: Stadt Ahaus, FB Stadtplanung



Grenze des Bebauungsplans gem. Aufstellungsbeschluss

2. Der Vorentwurf des Bebauungsplans wird gebilligt und zur frühzeitigen Beteiligung nach § 3 (1) und § 4 (1) BauGB bestimmt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die flächenmäßige Differenz zwischen der ursprünglichen Erweiterungsfläche (ca. 4,5 ha) und der jetzigen Erweiterungsfläche (ca. 3,6 ha) von ca. 0,9 ha im Flächennutzungsplan zusätzlich als gewerbliche Baufläche dargestellt bzw. im Bebauungsplan zusätzlich als Gewerbegebiet festgesetzt werden kann.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmiger Beschluss

---

**12 Endausbau der Stichstraße „Am Brinker Kreuz“**

V/2019/1256

Der Rat beschließt auf Empfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr den Ausbau der Stichstraße „Am Brinker Kreuz“ gemäß vorgestellter Ausbauplanung.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmiger Beschluss

---

**13 Endausbau der Stichstraße Wynk an der Straße "Am Kalkbruch"**

V/2019/1257

Vor Beginn der Beratungen erklärt sich Ratsherr Reimering (CDU-Fraktion) für befangen und verlässt den Sitzungsraum.

Der Rat beschließt auf Empfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr den Ausbau der Stichstraße Wynk an der Straße „Am Kalkbruch“ gemäß vorgestellter Ausbauplanung.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmiger Beschluss

---

**16 Fragen des Rates und Mitteilungen der Verwaltung**

**Fragen des Rates:**

- Ratsherr Rudde (CDU-Fraktion) zu Störungen bei der neuen Mikrofonanlage im Ratssaal

Bürgermeisterin Voß erklärt, dass die Einstellung der Gesamtanlage noch laufe und es in dieser Woche einen erneuten Termin mit dem Techniker gebe.

- Ratsherr Beckers (UWG-Fraktion) zur Tiefgarage am Kaufhaus Berken

Bürgermeisterin Voß teilt mit, dass die Gespräche mit dem Eigentümer andauern. Sie werde Informationen weitergeben, sobald es sie gebe.

- Ratsfrau Lange (UWG-Fraktion) zur verkehrlichen Situation am Rodelberg

Bürgermeisterin Voß sagt zu, dass dies im Rahmen der Spielraumplanung aufgegriffen werde. Außerdem werde Herr Althoff das Anliegen an den Fachbereich Sicherheit und Ordnung weitergeben.

- Fraktionsvorsitzender Ruwe (UWG-Fraktion) teilt mit, dass Ratsherr Kersting (UWG-Fraktion) den ersten Vorsitz innerhalb der Fraktion übernommen habe. Er selber sei nunmehr der stellvertretende Vorsitzende.

- Fraktionsvorsitzender Löhring (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) zu Tischen und Bänken am Rodelberg

Beigeordneter Leuker sagt zu, dass die Höhe der Tische kontrolliert werde.

- Ratsherr Niestegge (UWG-Fraktion) zur Organisation einer Klimaschutzkonferenz

Bürgermeisterin Voß erinnert an die Beschlussfassung des Rates, dass zunächst geprüft werden solle, ob ein Klimaschutzkonzept erstellt werden könne. Am vergangenen Montag sei die Verwaltung im Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Tourismus und Digitalisierung hiermit beauftragt worden. Hierfür werde ein Klimaschutzmanager eingestellt werden. Eine Klimaschutzkonferenz sei ein Vorgriff, da sich hieraus mögliche Arbeitsaufträge ergeben könnten, die dann auch von einer Fachkraft umgesetzt werden müssten.

- Ratsherr Kappelhoff (CDU-Fraktion) zur Förderung des Wirtschaftswegausbaus

Bürgermeisterin Voß informiert, dass die Beantragung laufe.

- Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) zur Organisation des Ahauser Winterzaubers

Bürgermeisterin Voß erklärt, dass es Sache der Ahaus Marketing & Touristik GmbH (AMT) sei, die organisatorischen Eckpunkte des vorgestellten Winterzaubers zu klären. Hierzu zähle auch der Abschluss der Verträge innerhalb des vom Rat festgelegten Finanzrahmens.

- Ratsfrau Hejink (UWG-Fraktion) zur Erstellung des Regenrückhaltebeckens hinter dem Bahnhof

Beigeordneter Leuker antwortet, dass die Ausführungsplanung laufe und dass in diesem Zuge einige Punkte zum Artenschutz hätten ge-

klärt werden müssen. Haushaltsmittel würden für die Maßnahme im Haushalt 2020 eingeplant.

- Ratsfrau Hejink (UWG-Fraktion) zur Erstellung der Kreisverkehre an der B70 in Alstätte

Beigeordneter Leuker informiert, dass der Baulastträger Straßen.NRW zugesagt habe, zeitnah, voraussichtlich Anfang des nächsten Jahres mit der Baumaßnahme zu beginnen. Hierzu zähle neben den beiden Kreisverkehren auch die Erstellung der Straße zwischen dem Deventer Weg und der Enscheder Straße.

- Ratsherr Beckers (UWG-Fraktion) zum mangelhaften Baumschutz an der Baustelle an der Parallelstraße

Bürgermeisterin Voß sagt zu, diesen Hinweis an den Fachbereich Bauordnung weiterzugeben.

*Anmerkung zur Niederschrift:*

*Der Fachbereich Sicherheit und Ordnung hat mit den beiden verursachenden Baufirmen Kontakt aufgenommen und diese aufgefordert, die Mängel zu beheben. Das Unternehmen, das einen Baum mit einem Kran beschädigt hat, wurde darüber informiert, dass der Baum nach Beendigung der Baumaßnahme begutachtet werde und dann entschieden würde, ob es hier zu einer kostenpflichtigen Ersatzpflanzung komme.*

- Ratsherr Rudde (CDU-Fraktion) zum Kaufinteresse eines Unternehmers an einer Immobilie

Bürgermeisterin Voß bittet darum, den konkreten Sachverhalt inklusive des Namens des Unternehmers der Verwaltung mitzuteilen, um den Hintergrund recherchieren zu können.

- Ratsherr Eisele (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) zur Recherche im Gremieninformationssystem

Bürgermeisterin Voß erklärt, an welcher Stelle u.a. die Übersicht zu Fraktionsanträgen aufrufbar sei.

gez. **Karola Voß**  
Vorsitzende

gez. **Doris Zevenbergen**  
Schriftführerin